



Protokoll Sitzung Einwohnerrat

3. Sitzung

Montag, 28. März 2022, 19:00 Uhr, Grossratssaal

Vorsitz: Christian Oehler, Präsident

Protokollführung: Stefan Berner

Anwesend: 44 Mitglieder des Einwohnerrates
6 Mitglieder des Stadtrates
Daniel Roth, Stadtschreiber
Sebastian Busse, Leiter Sektion Hochbau
Jan Hlavica, Stadtbaumeister
Jacqueline Suter, Projektleiterin Sektion Hochbau

Entschuldigt: Suzanne Marclay-Merz, Stadträtin
Simon Burger, Einwohnerrat
Patrik Dober, Einwohnerrat
Cornelia Forrer, Einwohnerrätin
Beatrice Klaus, Einwohnerrätin
Simone Silbereisen, Einwohnerrätin
Max Suter, Einwohnerrat



Traktanden	Seite
1. Mitteilungen	85
2. Inpflichtnahme	86
3. Anfrage Pascal Benz (FDP); Umgang der Stadt Aarau mit Cyberrisiken	87
4. Anfrage Pascal Benz (FDP); Beschaffung und Verwendung von Open Source Software	88
5. Anfrage Max Suter (SVP); Eniwa und das Grossrisiko	90
6. Anfrage Thomas Richner (SVP); Abschaffung verschiedener Urnenstandorte/Wahllokale	93
7. Oberstufenzentrum Telli; Wettbewerbskredit	96
8. Kindergarten Goldern, Neubau; Projektierungskredit	98
9. Kreditabrechnung Kunsthausweg, Kanalisationserneuerung	103
10. Kreditabrechnung Buchserstrasse, Kanalisationserneuerung	104
11. Kreditabrechnung Zukunftsraum Aarau, Ausarbeitungsphase (Teilbereiche)	105
12. Kreditabrechnung Ersatz Pionierfahrzeug	106
13. Motion Daniel Ballmer (Grüne): Gleiche Chancen für alle im Einwohnerrat	107
14. Postulat Yannick Berner (FDP): Digital Aarau - Digitalisierung der Stadtverwaltung	112
15. Postulat Yannick Berner (FDP) und Stefan Zubler (FDP): Schaffung eines Städtischen Wirtschaftsforums	114
16. Postulat Dieter Wicki (Mitte), Lukas Häusermann (Mitte), Barbara Schönberg von Arx (Mitte), Martin Bahn Müller (FDP), Gemeindeverbände und andere Kooperationen: Pragmatische Aufgabenteilung oder schwarze Löcher für Demokratie und Finanzen	117



Traktandum 1

1. Mitteilungen

Christian Oehler, Präsident: Herzlich willkommen zur heutigen Einwohnerrats-sitzung. Es sind 44 Mitglieder anwesend. Das absolute Mehr beträgt 23. Vom Stadtrat hat sich Suzanne Marclay-Merz entschuldigt. Vom Einwohnerrat mussten sich Simon Burger, Patrick Dober, Simone Silbereisen, Max Suter, Beatrice Klaus und Cornelia Forrer entschuldigen. Stefan Berner wird noch eine Mitteilung bezüglich der Tonaufnahme machen.

Stefan Berner, Vize-Stadtschreiber: Wir verwenden heute Abend versuchsweise eine neue Software für die Erfassung der Voten und die Protokollierung. Diese neue Software hat eine Spracherkennung, welche schweizerdeutsche Texte in die hochdeutsche Sprache übersetzen kann. Ihre Voten werden daher nach der Sitzung automatisch in hochdeutschen Text umgewandelt. Die Protokollierung wird dadurch stark vereinfacht. Sie helfen uns, wenn Ihre Voten nicht zu komplizierte und verschachtelte Sätze beinhalten und nicht allzu viele Wiederholungen vorkommen. Es soll sich aber niemand unter Druck fühlen. Wir sind gespannt auf das Ergebnis dieses Tests.

Christian Oehler, Präsident: Vielen Dank für die Informationen.



Traktandum 2

2. Inpflichtnahme

Christian Oehler, Präsident: Heute dürfen wir, als Ersatz für Eva Schaffner Wicki, ein neues Ratsmitglied in Pflicht nehmen. Irene Stutz wird als neues Ratsmitglied für den Rest der laufenden Amtsperiode 2022/2025 ab 8. März 2022 zur Verfügung stehen. Irene Stutz hat am 9. Februar 2022 schriftlich erklärt, die Wahl in den Einwohnerrat anzunehmen. Ich bitte alle Ratsmitglieder, sich von den Sitzen zu erheben. Irene Stutz bitte ich, sich vorne in die Mitte zu begeben. Ich werde die Gelöbnisformel vorlesen und bitte das neue Ratsmitglied, diese mit den Worten "Ich gelobe es" zu bestätigen. Im Geschäftsreglement § 3 ist festgehalten: "Ich gelobe als Mitglied des Einwohnerrates, das Wohl der Stadt Aarau zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln."

Irene Stutz, Mitglied: "Ich gelobe es". Ich möchte mich bei allen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern für das Vertrauen bedanken. Ich freue mich, als Einwohnerrätin tätig zu sein. Mein Name ist Irene Stutz. Ich wohne in einer der schönsten Strassen der Stadt Aarau, an der Herzbergstrasse im Scheibenschachenquartier. Beruflich habe ich Kommunikation studiert und führe jetzt seit über 10 Jahren eine Designagentur mit 6 Mitarbeiter/-innen. Wir planen und realisieren Signalethik Systeme für öffentliche Räume und Gebäude. Ich engagiere mich aktiv in der Berufsbildung und bilde auch Lernende aus. Wenn ich an Aarau denke, kommt mir als erstes die Autoprüfung vor vielen Jahren in den Sinn. Das hat sich als erwachsen und Freiheit angefühlt. Und genau vor 20 Jahren habe ich die Matur gemacht. Die Stadt hat sich seither sehr verwandelt, zum Beispiel zu einer Stadt mit einer autofreien Altstadt. Ich würde gerne mitarbeiten und diese Stadt weiterentwickeln. Ich wünsche mir ein solidarisch, grünes Aarau mit Vorwärtsperspektiven, viel Kunst und Kultur. Ich freue mich auch auf die konkrete Lokalpolitik und zusammen mit Ihnen konstruktive Lösungen und Ideen zu entwickeln. Vielen Dank.

Christian Oehler, Präsident: Sie haben die Traktandenliste mit den entsprechenden Unterlagen rechtzeitig erhalten. Wir werden diese gemäss Publikation abhandeln. Gewisse Änderungen wird es geben. Das Geschäft Oberstufenzentrum Telli, Wettbewerbskredit, die Kreditabrechnung Diverse Liegenschaften, Anschluss an das Fernwärmenetz der Eniwa AG, 1. Etappe und die Kreditabrechnung Heinerich-Wirri-Strasse 3, Grundsanie rung und Mieterausbau können nicht abschliessend beraten werden und werden somit verschoben. Im Weiteren hat mir Ursula Funk am 25. März 2022 mitgeteilt, dass die Kreditabrechnung Neubauten FuSTA und Kindergarten Aarau Rohr, heute auch nicht behandelt werden kann, da diese nicht abschliessend kontrolliert werden konnte. Es besteht zwar die Möglichkeit und das Recht, gewisse Geschäfte zu verschieben, aber ich möchte daran erinnern, nicht zu viele Traktanden hinauszuschieben, denn irgendwann müssen diese auch behandelt werden und mit weiteren Traktanden besteht die Gefahr von sehr langen Sitzungen. Bitte achten Sie darauf, dass die Geschäfte termingerecht behandelt werden können.



Traktandum 3

3. Anfrage Pascal Benz (FDP); Umgang der Stadt Aarau mit Cyberrisiken

Christian Oehler, Präsident: Anfangs Februar 2022 hat Einwohnerrat Pascal Benz eine Anfrage betreffend Umgang der Stadt Aarau mit Cyberrisiken eingereicht. Pascal Benz bittet den Stadtrat, aufgrund der Sensibilität des Themas, dem Einwohnerrat die Antworten zur Anfrage in einer geschlossenen Informationsveranstaltung mitzuteilen. Am 7. März 2022 hat der Stadtrat die Mitglieder des Einwohnerrates über geplante Projekte und Geschäfte informiert. Die Beantwortung der Anfrage erfolgte in diesem Rahmen mündlich wie folgt:

Die Stadt ist sich der Bedrohung durch Cyberkriminalität sehr bewusst. Sie hat einerseits die Strategie, die Mitarbeiter/-innen zu schulen und sie unter anderem durch Phishing-Mails für die Problematik zu sensibilisieren (User-Awareness). Die ICT informiert in akuten Phasen aktiv über aktuelle Cyberrisiken. Des Weiteren sind die Security und das Thema Cyberrisiko heute ein fixer Bestandteil in der Aus- und Weiterbildung des ICT-Personals. Die ICT hat eine wertvolle Zusammenarbeit mit dem Kanton und weiteren externen Fachspezialisten aufgebaut. Dazu wird die Infrastruktur auf unterschiedlichen Ebenen regelmässig auf Risiken und Massnahmen überprüft sowie regelmässig aktualisiert. Die aktuellen Geschehnisse werden laufend beobachtet.

Keine Bemerkungen zu dieser Anfrage.



Traktandum 4

4. Anfrage Pascal Benz (FDP); Beschaffung und Verwendung von Open Source Software

Christian Oehler, Präsident: Anfangs Februar 2022 hat Einwohnerrat Pascal Benz eine Anfrage betreffend Beschaffung und Verwendung von Open Source Software eingereicht.

Die Anfrage kann vom Stadtrat wie folgt schriftlich beantwortet werden:

Frage 1: Wie gross war das durchschnittliche Wachstum der Lizenzgebühren pro Lizenz pro Jahr für proprietäre Software bei der Stadt Aarau in den vergangenen 10 Jahren?

Die Branche der Softwareanbieter ändert laufend ihr Geschäftsmodell. Vor 10 Jahren wurden Software-Lizenzen in der Regel gekauft. Und zwar mit einer Anzahl Lizenzen, die für mehrere Benutzer/-innen pro Lizenz eingesetzt werden konnte. Dies z.B. wenn der Arbeitsplatz geteilt oder die Software nur temporär von verschiedenen Usern gebraucht wurde (Concurrent-Lizenzen). Heute sind die Lizenzen meist an die Benutzerin oder den Benutzer gebunden und können häufig nicht mehr gekauft, sondern nur noch gemietet werden.

Dazu kommt, dass die Stadt heute kaum Software einsetzt, welche bereits vor 10 Jahren in der gleichen Qualität (Funktionalität, Service) genutzt werden konnte.

Die Softwarenutzung hat sich in den letzten 10 Jahren dermassen verändert, dass der gewünschte Gebührenvergleich nicht erstellt werden kann.

Frage 2: Wie werden Open Source Lösungen bei der Beschaffung und Ausschreibung von IT-Bedarf aktuell bei der Stadt Aarau berücksichtigt?

Sofern die Lösungen den Ansprüchen an Funktionalitäten, Usability, Datenschutz und Datensicherheit der Stadt Aarau genügen und damit die Anforderungen an die gesuchte Lösung erfüllen, werden bei den Beschaffungen auch Open Source-Lösungen berücksichtigt.

Allerdings ist die Branche "öffentliche Verwaltung" im IT-Markt eine Nische. Dieser Markt scheint für Open Source Anbieter wenig attraktiv zu sein. Dies dürfte auch mit den hohen Ansprüchen an den Datenschutz zusammenhängen. Open Source Lösungen sind entsprechend im öffentlichen Bereich wenig verbreitet.

Frage 3: Bei welchen Bereichen der Verwaltung sieht der Stadtrat Potential, Open Source Lösungen einzusetzen?

Die Stadt setzt heute fünf Open Source Lösungen ein in den Bereichen System-Monitoring,

Datenaustausch und Web. Es gibt vor allem ein Potential bei Web- und App-Anwendungen in der Zusammenarbeit mit Dritten (Einwohner/innen, Kunden/innen, Partner).

Frage 4: Wie werden Open Source Lösungen künftig bei der Umsetzung von Smart City durch die Stadt Aarau berücksichtigt?

Gemäss der Smart City Strategie der Stadt Aarau schafft die Stadt die infrastrukturellen und technologischen Voraussetzungen für eine smarte Stadt. Sie setzt sich bewusst für



notwendige Infrastrukturen und Technologien ein. In diesem Rahmen werden Softwarelösungen (gesuchte Funktionalität/Service) evaluiert, um die geforderte Prozessziele zu erreichen.

Pascal Benz, Mitglied: Mit der Antwort des Stadtrates bin ich mehrheitlich zufrieden. Allerdings möchte ich zwei Punkte dazu ansprechen. Mit der Frage 1 wurde der Wunsch verbunden, die Kostenentwicklung zu senken. Der Stadtrat vertritt die Meinung, dass dies nicht möglich sei, weil sich die Geschäftsmodelle und die Nutzungsdaten der Kunden sehr schnell ändern. Die Ausgaben im IT-Bereich werden steigen und gerade die Postentwicklung wird zu interessanten Diskussionen führen. Deshalb möchte ich doch den Stadtrat bitten, inskünftig Kennzahlen zu liefern, welche auch schnell wechselnde Geschäftsumgebungen und schnelle Wechsel der Nutzer berücksichtigen, ansonsten wird es für den Einwohnerrat sehr schwierig sein, darauf ein entsprechendes Augenmerk zu legen. Die zweite Frage wird vom Stadtrat damit beantwortet, dass die Branche "öffentliche Verwaltung" im IT-Bereich ein Nischenprodukt ist. Es ist zu beachten, dass in der Schweiz über 100'000 Leute in der öffentlichen Verwaltung tätig sind. Dass es sich dabei um ein Nischenprodukt handelt, kann ich mir nur sehr schlecht vorstellen, ausser, die öffentliche Verwaltung stellt so spezielle Ansprüche, dass nur ganz wenige dieses Produkt liefern können. Der Stadtrat vermutet, dass dafür die Sicherheitsvoraussetzungen verantwortlich sind. Ich möchte den Stadtrat aber doch bitten, mehr Fakten zu den Gründen zu liefern, weshalb angeblich nur wenig Software geeignet ist, um die Stadt zufrieden zu stellen.



Traktandum 5

5. Anfrage Max Suter (SVP); Eniwa und das Grossrisiko

Christian Oehler, Präsident: Am 2. Februar 2022 hat Einwohnerrat Max Suter (SVP) eine Anfrage betreffend Eniwa und das Grossrisiko Ampiq eingereicht.

Die Anfrage kann vom Stadtrat wie folgt schriftlich beantwortet werden:

Frage 1: Was ist der Grund für die Beteiligung der Eniwa an der Alpiq?

Eniwa verfügt aktuell über eine Eigenproduktion von rund 20 % der an die Kundinnen und Kunden gelieferten Energie. Die restlichen 80 % werden über Beteiligungen an Produktionsgesellschaften, Langfristverträge oder über Kooperationen beschafft. Dies betrifft sowohl Strom (Alpiq, Repartner Produktions AG, Swisspower Renewables AG), Gas (GVM, Swissfarmerpower, Limeco, ARA Reinach) wie auch Fernwärme (FEWAG). Die Beteiligungen an Energieproduktionsfirmen schaffen zum einen mehr Versorgungssicherheit für Eniwa, aber auch bessere Preise infolge des oft angewendeten Gestehungskostenmodells bei Partnerwerken.

Frage 2: Wie hoch ist der aktuelle Aktienanteil der Eniwa an der Alpiq?

Eniwa hält gut 2 % der Alpiq Aktien.

Frage 3: Die Eniwa ist bei der Alpiq Teil des «Konsortium Schweizer Minderheitsaktionäre». Handelt es sich dabei um einen klassischen Aktienbindungsvertrag?

Kann die Eniwa jederzeit kurzfristig aus dem Alpiq-Engagement aussteigen?

Oder ist im Aktienbindungsvertrag eine Kündigungsfrist vorgesehen?

Wenn ja, wann ist ein Ausstieg der Eniwa aus dem Alpiq-Engagement erstmals möglich?

Ein Ausstieg aus dem Alpiq Engagement ist derzeit kein Thema und steht nicht zur Diskussion. Die Stromproduktion von Alpiq ist angesichts der Energiestrategie und der kritischen Versorgungslage im Winter ein wichtiges Asset für Eniwa.

Frage 4: 1. Ist die Beteiligung am Hilfspaket ein «Muss» oder kann man auch auf eine Teilnahme verzichten?

Das Hilfspaket mit Darlehen von 300 Mio. Franken bis Mitte Jahr war eine freiwillige Massnahme zugunsten der Liquiditätsreserven von Alpiq in einer sich sehr rasch entwickelten Marktsituation. Alpiq konnte dank verschiedener Massnahmen die Liquidität rasch verbessern und die Verpflichtungen gegenüber allen Marktteilnehmern stets einhalten. Das Hilfspaket beinhaltet ein verzinsliches Darlehen, welches im Laufe dieses Jahres zurückbezahlt werden wird.

Frage 5: Falls ein Verzicht möglich ist, warum hat sich die Eniwa entschieden Kapital einzuschliessen?

Eniwa hat sich entschieden, solidarisch mit den anderen Aktionären an der kurzfristigen Unterstützung mitzumachen.



Frage 6: Ist es richtig, dass sich die Eniwa am bisherigen 223-Millionen-Hilfspaket der Alpiq-Aktionäre mit rund 5 Millionen Franken beteiligen musste?

Und, dass im Rahmen der zur Diskussion stehenden Aufstockung auf 300 Millionen Franken eine weitere Million Franken fällig würde?

Oder um welche Beträge handelt es sich?

Es wurden von den drei Aktionärsgruppen je 100 Mio. Franken einbezahlt. Eniwa hat sich anfangs Jahr mit 6 Mio. Franken anteilmässig beteiligt.

Frage 7: Die Beteiligung an der Alpiq hat für die Eniwa keine strategische Bedeutung mehr. Im Gegenteil: Sie ist neu mit grossen Risiken verbunden.

Ist der Stadtrat über seine Vertreter im Eniwa-Verwaltungsrat bereit, darauf hinzuwirken, dass die Eniwa schnellstmöglich aus ihrem Alpiq-Engagement aussteigt?

Die Beteiligung an Alpiq hat für Eniwa eine ebenso grosse Bedeutung wie für das Aargauische Elektrizitätswerk (AEW) die Beteiligung an der Axpo. Gerade mit der anstehenden Elektrifizierung der Energieversorgung und der unsicheren Winterversorgungssituation ist die Beteiligung an der produktionsstarken Alpiq eine sehr wichtige strategische Partnerschaft. Aufgrund dieser Einschätzung ist auch für die Vertreter des Stadtrats im Eniwa Verwaltungsrat ein Ausstieg aus dem Alpiq-Engagement derzeit kein Thema.

Zusätzlich sind ein Rechtsverfahren und ein politischer Vorstoss hängig:

Die Alpiq hat im September 2019 eine Klage gegen Eniwa eingereicht mit dem Begehren, den bestehenden Energieliefervertrag für nichtig zu erklären und die Eniwa zu einer grösseren Zahlung zu verpflichten. Dass Eniwa ihre Alpiq-Aktien bis zum Abschluss des Verfahrens verkauft, ist nicht opportun.

Der Einwohnerrat hat am 18. Juni 2018 drei Begehren des Postulats "Überprüfung des Verkaufs von 15 % Aktien der eniwa AG" von Alexander Umbricht, Alois Debrunner, Christoph Waldmeier, Petra Ohnsorg und Ueli Hertig überwiesen. Das zweite Begehren "Es ist zu prüfen, ob ein rascher Verkauf der Alpiq Beteiligung der eniwa und eine Rückführung der daraus freiwerdenden Mittel an die Stadt durchgeführt werden kann" ist wegen des pendenten Rechtsverfahrens noch offen.

Frage 8: Kurzfristig ist zu erwarten, dass die Alpiq ihre Dividendenzahlungen wieder einstellt. Der Stadt dürfte damit 2022 - weil die Eniwa mangels des Alpiq-Geldes weniger Dividenden ausschütten kann - gegen eine Million Franken (entsprechend einem guten Steuerprozent) entgehen.

Gefährdet das die in Aussicht gestellte Steuerfussreduktion?

Die Dividende der Eniwa an die Stadt Aarau hängt nur zu einem kleinen Teil von der Alpiq-Dividende ab. Da die Ausschüttungsquote maximal 50 % des Reingewinns beträgt, würde eine Dividende von einer Million Franken lediglich eine halbe Million Franken für die Aktionäre bedeuten.

Der Stadtrat hat keine Steuerfussreduktion in Aussicht gestellt. Er hat hingegen zugesichert, dass er bei einem guten Rechnungsabschluss 2021 und im Zusammenhang mit den Auswirkungen der kantonalen Steuergesetzrevision die Höhe des Steuerfusses diskutieren werde. Über den Steuerfuss 2023 entscheiden der Einwohnerrat und das Volk mit dem Budget 2023 im Herbst 2022.



Frage 9: Wegen Differenzen bei der Strombeschaffung hat die Alpiq die Eniwa im September 2019 auf 18,3 Millionen Franken eingeklagt.

Wo steckt das Verfahren?

Befürchtet der Stadtrat, dass die Eniwa dereinst (sobald ein rechtsgültiges Urteil oder ein Vergleich vorliegt) eine grössere Zahlung leisten muss, was sich auf ihre Dividendenfähigkeit auswirken würde?

Das Verfahren ist hängig (siehe Antwort zu Frage 7). Es gibt noch keine Termine für die Verhandlung. Der Verwaltungsrat und dessen Rechtsvertretung schätzen das Risiko für eine Zahlungspflicht als gering ein.

Max Suter ist an der heutigen Sitzung nicht anwesend. Gibt es von der SVP-Fraktion noch Ergänzungen oder Bemerkungen?

Keine Bemerkungen zu dieser Anfrage.



Traktandum 6

6. Anfrage Thomas Richner (SVP); Abschaffung verschiedener Urnenstandorte/Wahllokale

Christian Oehler, Präsident: Am 8. Februar 2022 hat Einwohnerrat Thomas Richner eine Anfrage betreffend Abschaffung verschiedener Urnenstandorte/Wahllokale eingereicht.

Die Anfrage kann vom Stadtrat wie folgt schriftlich beantwortet werden:

Frage 1: Gemäss Schreiben geben 2% der Stimmberechtigten ihre Stimme an der Urne ab. Dies entspricht immerhin knapp 300 Personen. Wie gross war die Anzahl der Stimmenden an den verschiedenen Urnenstandorten bei den letzten 4 Urnengängen wirklich?

An den vergangenen fünf Urnengängen sind im Durchschnitt nur noch 1,8 % oder 163 der Stimmabgaben an der Urne eingegangen. In den vergangenen Jahren ist ein stetiger Rücklauf der Anzahl Stimmabgaben an der Urne zu verzeichnen.

Auswertung der letzten fünf Urnengänge

Datum	Anzahl briefliche Stimmabgaben		Anzahl Stimmabgaben Urne						Anzahl Stimmabgaben Total
	Post und Briefkästen	in % aller Stimmabgaben	Stadtbibliothek	GZ Telli	Rathaus	Gemeindehaus Rohr	Total	in % aller Stimmabgaben	
07.03.2021	8'281	98.1%	39	8	92	23	162	1.9%	8'443
13.06.2021	9'081	98.1%	37	8	100	29	174	1.9%	9'255
26.09.2021	8'911	98.2%	43	10	84	28	165	1.8%	9'076
28.11.2021	10'190	97.7%	48	18	137	39	242	2.3%	10'439
13.02.2022	7'211	99.0%	35	aufgehoben	37	aufgehoben	72	1.0%	7'283
Durchschnitt	8'735	98.2%	40	11	90	30	163	1.8%	8'899

Frage 2: Bei den nun geschlossenen Urnenstandorten muss trotzdem am Abstimmungstag der Briefkasten geleert werden, was einen gewissen Aufwand ergibt. Wie hoch sind die eingesparten Kosten pro Urnenstandort effektiv?

Mit der Schliessung der zwei Urnenstandorte können pro Urnengang 250 Franken für die Urnenwache der Stimmzähler/-innen und die Urnentour der Stadtweibelin eingespart werden. Die jeweils zwei Stimmzähler/-innen pro Urnenstandort können darüber hinaus im Wahlbüro selbst eingesetzt werden. An einem «normalen» Abstimmungssonntag stehen somit während 3 Stunden zwei Stimmzähler/-innen mehr im Wahlbüro für die Auszählungsarbeiten zur Verfügung.

Frage 3: Wie stehen die vom Einwohnerrat gewählten Mitglieder des Wahlbüros zu den Schliessungen der Wahllokale? Es war immerhin ihre einzige Möglichkeit in dieser Funktion direkt mit den Stimmbürgern in Kontakt zu kommen.

Die Tätigkeit im Wahlbüro hat nicht den Zweck der Kontaktnahme mit den Stimmbürgern, sondern die Sicherstellung, dass die Stimmabgabe ungestört unter Wahrung des Stimmgeheimnisses erfolgt und die Auszählung der Stimm- und Wahlzettel den gesetzlichen Vorgaben entspricht. Nach § 11 Abs. 1 des kantonalen Gesetzes über die politischen Rechte vom 10. März 1992 (GPR, SAR 131.100) bestimmt der Gemeinderat die Wahl- und Abstimmungslokale. Die Stimmzähler/-innen müssen dazu nicht angehört werden.



Frage 4: Das Abstimmungslokal in Rohr wird geschlossen. Nur der Briefkasten bleibt bestehen. Im Vertrag über den Zusammenschluss der Einwohnergemeinden Rohr und Aarau ist jedoch klar festgehalten, dass das Abstimmungslokal im Ortsteil Rohr bestehen bleibt. Was ist die Meinung des Stadtrates zu dieser Vertragsverletzung?

Das Abstimmungslokal im Stadtteil Rohr wurde während zwölf Jahren aufrechterhalten. Zusätzlich wurde im Stadtteil Rohr nach dem Zusammenschluss ein Abstimmungsbriefkasten installiert, der rege benutzt wird (im Durchschnitt 412 Stimmabgaben anlässlich der letzten 5 Urnengänge), während nur noch sehr wenige Personen das Urnenlokal besuchen (im Durchschnitt 30 Stimmabgaben in der gleichen Periode). Durch das Vorhandensein des Abstimmungsbriefkastens beim Gemeindehaus Rohr ist keine Schmälerung des Angebots gegeben. Vielmehr entspricht die Umstellung der Veränderung der Art der Stimmabgaben. Die briefliche Stimmabgabe beim Gemeindehaus Rohr ist ab Versand der Wahl- und Abstimmungsunterlagen ohne zeitliche Begrenzung weiterhin bis 9.30 Uhr an Abstimmungs-sonntagen möglich.

Frage 5: Im Vertrag über den Zusammenschluss der Einwohnergemeinden Rohr und Aarau ist ebenfalls festgehalten, dass Änderungen an den Bestimmungen des Vertrages der Zustimmung des Einwohnerrates bedürfen. Es wurden in der Vergangenheit schon verschiedene Änderungen des Vertrages (Vertragsverletzungen) vollzogen, ohne den Einwohnerrat dazu zu befragen. Wird der Stadtrat die aktuelle Änderung dem Einwohnerrat vorlegen?

Eine Schmälerung des Angebots an die Stimmbürger/-innen besteht nicht. Durch das Vorhandensein des Abstimmungsbriefkastens beim Gemeindehaus Rohr besteht vielmehr die Möglichkeit, weiterhin bis 09.30 Uhr an Abstimmungssonntagen das Stimm- und Wahlrecht vor Ort auszuüben (vgl. Antwort zu Frage 4).

Thomas Richner, Mitglied: Vielen Dank für die grösstenteils beantworteten Fragen. Am 24. Februar 2008 hat die Gemeinde Rohr einem Vertrag zum Zusammenschluss der Einwohnergemeinde Rohr mit der Stadt Aarau zugestimmt. In diesem Vertrag wurden verschiedene Punkte geregelt und im Nachhinein wurden noch wenige Anpassungen vorgenommen. Es steht beispielsweise im Vertrag, dass die Gemeinde Rohr als Ortsteil ausgebildet wird und die Ortschilder Rohr Stadt Aarau lauten. Mit unverständlichen Begründungen wurde dies aber so nicht umgesetzt. Ebenfalls ist festgehalten, dass der Ortsteil Rohr eine Zweigstelle der Verwaltung aufweist. Diese wurde aber entsprechend unattraktiv geführt und man wurde häufig nach Aarau verwiesen, so dass man am Schluss diese Zweigstelle einfach schliessen konnte. Jetzt folgt noch die Schliessung des Abstimmungslokals. Diese Schliessung wird mit marginalen Einsparungen von ca. 120 Franken begründet. Dabei handelte es sich um den letzten gültigen Punkt im Vertrag. Dieser wird also jetzt auch noch abgeschafft. Somit kann festgehalten werden, dass der Zusammenschluss vollständig vollzogen wurde und der damalige Vertrag keine weitere Relevanz mehr hat. Mit der Frage 5 erkundigte ich mich, ob der Stadtrat die aktuelle Vertragsänderung dem Einwohnerrat vorlegen würde, so wie es im Vertrag festgehalten ist. Es handelt sich um eine geschlossene Frage, welche mit ja oder nein beantwortet werden kann. Auf diese Frage hätte ich gerne eine Antwort.

Dr. Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident: Der Stadtrat hat sich bei der Beantwortung der Anfrage wohl seine Überlegungen gemacht. Die Schliessung des Standortbüros wurde als Geschäftsvorfall behandelt. Bezüglich der Situation des Urnenstandortes sind wir davon ausgegangen, dass der Sinn und Geist des Urnenstandortes mit einer Briefkastenmöglichkeit grundsätzlich adäquat gelöst ist. Die Frage kann daher mit nein beantwortet werden



Christian Oehler, Präsident: Seit der letzten Sitzung ist eine neue Anfrage von Urs Winzenried "Beleuchtung Philosophenweg" eingegangen.

Gerne erinnere ich den Stadtrat, dass noch eine Anfrage von Urs Winzenried vom Dezember 2021 "Sanierung Neugestaltung Tellistrasse" hängig ist. Es wäre schön, wenn diese bis zur nächsten Sitzung beantwortet werden könnte.



Traktandum 7

7. Oberstufenzentrum Telli; Wettbewerbskredit

Christian Oehler, Präsident: Grundsätzlich wurde das Traktandum "Oberstufenzentrum Telli; Wettbewerbskredit" verschoben. Urs Winzenried wünscht aber, kurz darüber zu informieren.

Urs Winzenried, Mitglied: ich wäre beinahe geneigt, für mein Votum die Standardsprache zu verwenden, damit die Software keine Probleme mit der Mundartsprache hat. Im Grossen Rat wird übrigens die Standardsprache verwendet, ohne Einbusse der Qualität (vielleicht wäre eine diesbezügliche Anfrage zielführend für den Einwohnerrat in Aarau). Spass beiseite. Es ist eher selten, dass die FGPK ein Geschäft nicht zu Ende behandelt, sondern dieses in eine zweite Lesung schickt. Im vorliegenden Fall war dies aber nötig und sinnvoll. Zehn Mitglieder der FGPK haben während rund 2 Stunden sehr intensiv und kontrovers über das Megaprojekt dieser neuen Schule diskutiert. Die Auskunftspersonen Hanspeter Thür, Franziska Graf, Jan Hlavica und Marco Palmieri haben versucht, die vielen gestellten Fragen zu beantworten. Dies ist auch zu einem grossen Teil gelungen. In der Kommission blieb jedoch ein Unbehagen zurück, weil nicht alle Fragen abschliessend und ausführlich beantwortet werden konnten. Es blieben ungelöste Probleme zurück. Wir sind uns bewusst, dass es sich beim vorliegenden Geschäft um ein riesiges Projekt von 100 bis 200 Mio. Franken handelt. Auch wenn im Moment nur über den Wettbewerbskredit abgestimmt wird, werden Entscheide vorweggenommen, welche bis zum eigentlichen Projekt nachhaken. Es wurde uns bewusst, dass mit diesem Projekt besonders sorgfältig umgegangen werden muss. Die Kommission wünscht, dass noch weitere Informationen geliefert werden müssen, damit auch in der Kommission ein Beschluss gefasst werden kann. Es bestehen Fragen zum Ablauf der Schulraumplanung, der Rolle des Kreisschulrates, des Schulvorstandes und der Lehrerschaft. Offen ist auch, was von der Bevölkerung, vor allem in der Telli, bereits abgeholt wurde. Wie sieht es aus bei den Standortevaluationen? Gibt es keine Alternativen zu einem Standort? Besteht zum Beispiel die Möglichkeit von 2 Standorten? Fragen bestehen auch hinsichtlich der nächsten Planungsschritte. Welche Termine müssen konkret eingehalten werden? Auch müssen Überlegungen im Zusammenhang mit dem Verkehr angestellt werden. Was kommt beim Verkehr alles auf ein Quartier zu? Das Hallenbad wurde diesbezüglich angesprochen. Es sind somit viele Fragen noch offen. In der Kommission wurde nach der zweistündigen Diskussion entschieden, das Geschäft nicht zurückzuweisen, sondern – im Sinne eines Kompromisses – den Stadtrat einzuladen, die noch offenen Fragen zu beantworten und in einer zweiten Lesung in der FGPK noch einmal vorstellig zu werden. Gemäss dem geplanten Vorgehen sind Fragestellungen bis heute vorgehen, die Zustellung der ergänzten Unterlagen erfolgt bis Ende Mai. Die zweite Lesung in der FGPK kann am 7. Juni 2022 stattfinden, so, dass am 20. Juni 2022 das Geschäft im Einwohnerrat behandelt werden kann. Damit wird das Projekt nicht unnötig in die Länge gezogen. Ich bitte den Stadtrat und den Einwohnerrat um Verständnis für diese Zusatzrunde.

Hanspeter Thür, Stadtrat: Ich danke Urs Winzenried für die Informationen aus der intensiv geführten FGPK-Sitzung. Wir haben bereits im Vorfeld gespürt, dass ein grosser Informationsbedarf besteht. Ich habe diesbezüglich auch längere Telefonate geführt. Deshalb wurde als erste Massnahme die Informationsveranstaltung mit dem Vorstand des Kreisschulrates durchgeführt. Die Veranstaltung wurde leider kurzfristig angesetzt. Es konnten aber immerhin 12 Mitglieder des Einwohnerrates daran teilnehmen. Ich glaube, die Erfahrung hat gezeigt, dass es der richtige Weg ist, den Informationsbedarf – welcher offensichtlich besteht – weiter anzubieten. Heute ist eine Einladung an alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte zu einer weiteren Informationsveranstaltung erfolgt. Ich hoffe,



dass diese genügend frühzeitig angesetzt ist, damit sich alle interessierten Räte daran beteiligen können. Sie findet am 9. Mai 2022 von 17.30 bis 18.45 Uhr, vor der nächsten Einwohnerratssitzung, statt. Ich hoffe, dass Sie diese Gelegenheit wahrnehmen können. Ich finde es nicht aussergewöhnlich, dass ein so grosses Geschäft in der FGPK in zwei Lesungen behandelt wird. Wenn es sich herausstellt, dass berechtigte Fragen vorhanden sind, ist das ein normaler Vorgang. Deshalb habe ich dieses Vorgehen auch stark unterstützt. Ich finde, eine Diskussion im Einwohnerrat, wenn nicht alles genügend geklärt ist, ist im Rahmen einer Rückweisungsdebatte nicht zielführend. So gesehen ist der Stadtrat froh, dass jetzt die FGPK diesen Weg einschlägt und in einer zweiten Lesung die offenen Fragen behandelt. Zu der Informationsveranstaltung sind nicht nur die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte eingeladen, sondern auch die Kreisschulräte, welche ja auch nicht unmittelbar in die Schulraumplanung involviert sind. Das Projekt funktioniert nur, wenn wir zusammen mit dem Kanton in einem grösseren Umfang einen Landabtausch organisieren können. Auch die Möglichkeit dieses Landabtausches, welcher für dieses Projekt notwendig ist, werden wir Ihnen an dieser Informationsveranstaltung vom 9. Mai 2022 darlegen können. Ein weiteres Thema ist die Schulraumbestellung. Weshalb kommt die Kreisschule überhaupt zu dieser Bestellung und wie muss die räumliche Situation aussehen, damit das Projekt überhaupt realisiert werden kann? Wir hoffen, dass dann der Wettbewerbskredit an der Einwohnerratssitzung vom 20. Juni 2022 diskutiert und beschlossen werden kann. Es geht dann noch nicht um das Bauprojekt. Das möchte ich mit aller Deutlichkeit erwähnen. Es geht auch noch nicht um 150 Mio. Franken. Die ganze Etappierung ist in diesem Zeitpunkt kein Thema. Das habe ich auch an der FGPK-Sitzung ganz klar zum Ausdruck gebracht. Es geht darum, Überlegungen für das ganze Gebiet zu entwickeln. Es ist dem Einwohnerrat dann freigestellt, über die Etappierung zu entscheiden. Es ist wichtig, dass das Verständnis vorhanden ist, dass es sich lediglich um den Wettbewerbskredit handelt und nicht um ein Bauprojekt. Die Zeitachse kann sich zwischen 20 und 30 Jahren erstrecken, ev. auch früher, je nach dem, wie die Beschlüsse ausfallen, Es ist mir einfach wichtig, dass ein Terrain, welches möglicherweise zur Verfügung steht, optimal genutzt wird. Wir haben in Aarau keine grossen Landreserven mehr für solch grosse Projekte. Jeden Quadratmeter, welcher uns zur Verfügung steht, müssen wir optimal nutzen und das wird im Rahmen dieses Wettbewerbsverfahrens mit dem Wettbewerbskredit lanciert. Der Einwohnerrat ist dann später in jeder Etappe und jeder Position völlig frei in der Entscheidung.



Traktandum 8

8. Kindergarten Goldern, Neubau; Projektierungskredit

Christian Oehler, Präsident: Ich verweise auf die Einwohnerratsbotschaft vom 14. Februar 2022. Der Einwohnerrat hat an der Sitzung vom 23. September 2019 mit dem Budget 2020 für die Sanierung einen Betrag von über 1 Mio. Franken bewilligt. In der Folge wurden dann die Anforderungen für die Sanierung definiert und eine Zustandsanalyse und Machbarkeitsstudie vorgenommen. Man kam zum Schluss, dass die Aufwendungen für die Instandsetzung beinahe einem Neubau gleichkommen. Somit geht es heute um den Projektierungskredit für den Neubau.

Mit Botschaft vom 14. Februar 2022 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat folgenden

Antrag

Der Einwohnerrat bewilligt den Projektierungskredit inkl. Projektwettbewerb für den Neubau des Kindergartens Goldern in der Höhe von 460'000 Franken inkl. MwSt.

Wir hören zuerst das Referat der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission. Anschliessend folgen die Diskussionen im Einwohnerrat, die Stellungnahme des Stadtrates sowie die Abstimmung. FGPK-Sprecher ist Matthias Zinniker.

Matthias Zinniker, Mitglied: Die FGPK hat an der Sitzung vom 15. März 2022 dieses Geschäft intensiv diskutiert. Als Auskunftspersonen standen Stadtrat Hanspeter Thür und Stadtbaumeister Jan Hlavica zur Verfügung. Eingangs haben die Auskunftspersonen erläutert, dass zuerst eine Sanierung des Kindergartens im Vordergrund stand. Eine Studie zeigte allerdings auf, dass eine Sanierung nicht zweckmässig ist und Kosten zwischen 3 – 4 Mio. Franken verursachen würde. Die Gebäudestruktur und die Konstruktion sind in einem schlechten Zustand. Das Gebäude müsste komplett umgebaut werden und man hätte schlussendlich einen Bau mit Widersprüchen. Deshalb hat man sich für einen zeitgemässen Neubau entschieden, welcher nur unwesentlich teurer ausfällt. Die Planung erfolgt so, dass später eine Erweiterung um eine dritte Einheit möglich wäre. Aus der FGPK wurden verschiedene Fragen gestellt. Unter anderem wollte man wissen, ob nicht gleichzeitig die nötigen Räume für die modulare Tagesbetreuung geschaffen werden könnten. Gemäss den Auskunftspersonen ist es aber nicht einfach, modulare Tagesstrukturen vor Ort beim Kindergarten zu realisieren. Im Rahmen der weiteren Projektierung soll aber geklärt werden, welche Räume für eine Tagesbetreuung im Kindergarten notwendig wären. Die endgültige Bestellung der Räume muss aber durch die Kreisschule erfolgen. Die Kommission hat festgestellt, dass im Jahr 2019 im Investitionsbudget ein Betrag von 1 Mio. Franken eingestellt wurde. Es stellt sich die Frage, ob der Erneuerungsbedarf nicht vorher überprüft wurde. Die Auskunftspersonen erläuterten, dass die Investitionsplanung aufgrund der Stratuswerte erfolgt sei und die Werte jeweils übernommen werden. Es handle sich dabei aber nur um die notwendigen Unterhaltsmassnahmen. Um solche Ungenauigkeiten vermeiden zu können, wird die Situation inskünftig 3 Jahre vor dem Sanierungstermin mit einer Studie überprüft. Bezüglich der externen Unterstützung bei den administrativen Arbeiten während des Projektierungswettbewerbs stellt die Kommission die Frage, ob das Stadtbauamt unterdotiert sei und solche Aufgaben deshalb nicht intern erledigt werden können. Die Auskunftspersonen entgegneten, dass die Betreuung von laufenden Projekten natürlich zur Aufgabe der Sektion Hochbau gehört. Weil aber immer wieder Schwankungen hinsichtlich der Anzahl der Projekte vorkommen, werden punktuell externe Büros mit Aufgaben betraut. Das gleiche gilt für Studien im Rahmen der Projektierung. Mit einer Stellenaufstockung könnten solche Abklärungen intern erledigt werden. Das führt aber dazu, dass, je nach Projektstand, zu viele Stellenpensen vorhanden sind. Mit punktueller



externer Unterstützung hingegen sei man flexibler und, trotz höheren Honoraren im Einzelfall, können die Projekte insgesamt kostengünstiger ausgeführt werden. Im Weiteren wurde die Frage gestellt, ob ein Wettbewerb für den Bau eines Kindergartens angebracht sei, oder ob nicht die Möglichkeit bestehe, einen Normkindergarten zu erstellen. Die Auskunftspersonen wiesen darauf hin, dass das Areal des Kindergartens Goldern relativ klein ist und die bereits vorhandenen Kindergartenprojekte von Aarau nicht in dieses Areal passen. Es sei nicht das Ziel, ein architektonisches Meisterwerk zu schaffen. Man denke eher an einen einfachen Holzbau, was in der Ausschreibung zum Wettbewerb so vorgegeben werden soll. In vielen Fällen seien die Parzellen anspruchsvoll. Normbauten hingegen benötigen meistens viel Platz. Eine Standardisierung von Bauten lohne sich nur bei einer grossen Anzahl. Die Kommission stellt fest, dass einerseits der Anteil der Wettbewerbskosten, gerade im Vergleich mit dem Oberstufenzentrum Telli, mit 190'000 Franken relativ hoch ausfällt und andererseits der Projektierungskredit insgesamt als eher hoch empfunden wird. Hinsichtlich der Wettbewerbskosten erläutern die Auskunftspersonen, dass die bezahlten Entschädigungen nicht linear zur Projektgrösse verlaufen. Je kleiner die Wettbewerbsaufgabe, desto höher sind im Verhältnis dazu die Wettbewerbskosten. Es werden SIA-Normen angewendet. Die Auskunftspersonen erklären im Weiteren, dass bei der Höhe der Projektierungskosten insgesamt zu beachten ist, dass der vorliegende Kredit die Planung bis zum Baukredit enthalte, während beim Oberstufenzentrum Telli nur die Wettbewerbskosten beantragt werden. Zudem gelte auch da: Je weniger Raum projektiert wird, desto höher fallen im Verhältnis die Projektierungskosten aus. In der Kommission wurde auch eine Kürzung des Projektierungskredites um 60'000 Franken thematisiert. Gemäss den Auskunftspersonen würde eine solche Kürzung wohl zu einer Kreditüberschreitung führen, denn es werden grundsätzlich die SIA-Tarife angewandt. Diese sind zwar nicht verbindlich. Man muss aber darauf achten, dass die Planungsarbeiten honorarmässig attraktiv bleiben. Sonst laufe man Gefahr, dass man keine geeigneten Büros mehr für solche Arbeiten findet. Die Kommission befürchtet, dass zu hohe Kredite von vorne weg ausgeschöpft werden. Bei kleineren Krediten müsste der Stadtrat eine Kreditüberschreitung entsprechend begründen. Die Auskunftspersonen entgegneten dazu, dass seitens der Stadtverwaltung kein Interesse an einer Kreditüberschreitung bestehe und die Vergangenheit gezeigt habe, dass Kredite oftmals nicht ausgeschöpft werden. Zusammenfassend hat die FGPK das Geschäft grundsätzlich positiv gewürdigt, wenn auch gewisse Bedenken, zum Beispiel bezüglich der Kredithöhe, geäussert wurden. Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, den Projektierungskredit für den Neubau des Kindergartens Goldern in der Höhe von 460'000 Franken zu bewilligen.

Leona Klopfenstein, Mitglied Ich habe die Ehre, anstelle von Beatrice Klaus das Votum zu halten. Sie musste sich kurzfristig zur heutigen Sitzung entschuldigen. Die SP hat dieses Projekt besprochen. Wir unterstützen die Planung von zwei Abteilungen und begrüssen die Möglichkeit, bei Bedarf später eine dritte Abteilung realisieren zu können. Einen Fertigbausatz erachten wir nicht als realistisch, weil ein Kindergarten immer jeweils dem Baugelände angepasst und individuell geplant werden muss. Wir begrüssen die gute und detaillierte Planung. Wir sind der Ansicht, dass die Umsetzung nachhaltig und langlebig ist. Wenn man beachtet, dass der besagte Kindergarten schon 56 Jahre alt ist, darf man davon ausgehen, dass nicht bereits schon in zehn oder zwanzig Jahren ein Neubau ansteht. Wir sind der Meinung, dass sich die Kinder wohlfühlen müssen und das pädagogische Konzept umgesetzt werden muss. Wir unterstützen auch die SIA-Vorgaben für das Planungshonorar. Wir erachten dieses als sinnvoll und angemessen. Ein Anliegen möchten wir anmelden. Wir wünschen uns, dass der Keller nicht aufgeschüttet wird. Wir sind überzeugt, dass dieser Platz benötigt wird. Ich weiss aus eigener Erfahrung, wie froh man ist, wenn das Bastelmateriale nicht im Raum gelagert werden muss, in welchem die Kinder spielen. Sollte man diesen Raum nicht benötigen, wäre ein Raum für Jugendliche oder als Bandraum durchaus denkbar. Im Quartier Goldern besteht kein Überfluss an solchen Räumen. Die SP wird diesem Projekt zustimmen.



Fabienne Luder, Mitglied: Wir Grünen sind der Meinung, dass eine Sanierung ökologisch grundsätzlich immer mehr Sinn macht, als ein Neubau. Deshalb appellieren wir, dass zuerst immer eine Sanierung geprüft werden sollte. Trotzdem soll den Kindern aber ein Ort zur Verfügung stehen, an welchem sie sich wohlfühlen können, was aber im vorliegenden Fall mit einer Sanierung nur schwer erreicht werden kann. Aus ökonomischer Sicht macht im vorliegenden Fall ein Neubau mehr Sinn. So können Kompromisse vermieden werden und es entsteht ein schöner Neubau. Mit geringem Aufwand mehr kann ein nachhaltiger und heller Kindergarten gebaut werden, welcher den Bedürfnissen der Kinder entspricht. Wir unterstützen deshalb den Projektierungskredit. Wir bitten aber den Stadtrat, genauso wie die SP, zu prüfen, ob die bestehende Unterkellerung beibehalten und weiterhin genutzt werden kann. Einen Lagerraum im Nachhinein zu erstellen, ist mit hohen Kosten verbunden. Heute haben wir das Glück, einen solchen zu haben. Dieser wird ja heute bereits vermietet. Im Hinblick darauf, dass freie Räume in Aarau sehr begrenzt sind, sollten bestehende Räume beibehalten werden.

Fabio Mazzara, Mitglied: An unserer gemeinsamen Fraktionssitzung von GLP, die Mitte, sowie Pro Aarau und EVP haben wir viele Aspekte der vorliegenden Botschaft intensiv besprochen. Der grundsätzliche Handlungsbedarf für eine Verbesserung der Gebäudesituation ist unbestritten. Diskussionsbedarf gab es unter anderem aufgrund des Prozesses. Es gibt bei uns Leute, die sich gefragt haben, ob ein Wettbewerb für einen Neubau in dieser relativ kleinen Grössenordnung nötig sei und finden es schade, dass es keine pragmatische und günstige Lösung ab Stange gibt. Andere wiederum bedauern den Abbruch eines der erhaltenswerten Gebäude und würden eine Renovation anstelle eines Neubaus bevorzugen. Die Mehrheit aber ist überzeugt, dass ein Neubau mit modularem Aufbau den heutigen Anforderungen besser gerecht werden kann. Auch die Wahl eines Wettbewerbs verzeichnete befürwortende Stimmen. Schlussendlich sind die Mehrkosten von rund 190'000 Franken im Verhältnis zu den Gesamtkosten nicht so hoch und die Chancen, einen bestmöglichen oder vielleicht sogar den günstigsten Kindergartenneubau zu erhalten, steigen damit durchaus. Abschliessend kann festgehalten werden, dass die Zentrumsfraktionen GLP und die Mitte, sowie Pro Aarau und EVP dem Projektierungskredit von 460'000 Franken für den Neubau des Kindergartens Goldern grossmehrheitlich zustimmen.

Cédric Zubler, Mitglied: Die SVP-Fraktion erachtet es als sinnvoll, dass für den Kindergarten ein Neubauprojekt anstelle einer Sanierung erstellt wird. Anfänglich wunderte man sich über die Höhe des Betrages. Aufgrund der gemachten Äusserungen in der FGPK sehen wir diesen Betrag aber als sinnvoll. Zudem finden wir es sehr gut, dass die ganze Planung bis zum Ende durchgeführt wird bzw. bis zum Baukredit. Somit können aus unserer Sicht einzelne Sonderwünsche, welche bei abgetrennter Projektierung auftreten, vermieden werden und der Betrag wird nicht noch höher ausfallen. Wir erachten es ebenfalls als positiv, dass der Neubau so geplant ist, dass eine Erweiterung durchaus möglich ist. So können Ressourcen eingespart werden und ein etwaiger Neubau nach 10 bis 20 Jahren wird so vermieden. Aus diesen Gründen wird die SVP-Fraktion diesem Geschäft einstimmig zustimmen.

Nicole Lehmann Fricker, Mitglied: Auch die FDP-Fraktion begrüsst, dass auf eine teure Renovation verzichtet wird und stattdessen ein Neubau im Goldernquartier geplant wird, welcher die neuen Standards des Richtprogramms der KSAB erfüllt und über eine energieeffiziente Bauweise verfügt. Auch finden wir es wichtig, dass bei der Projektierung die bereits im FGKP-Protokoll diskutierten Fragen – Abklärung, welche Räume für eine Tagesbetreuung im Kindergarten notwendig wären und mögliche Umnutzung der Schutzräume als Kellerräume – berücksichtigt werden. Auch ich weiss, infolge jahrzehntelanger Arbeit im Kindergarten, wie wichtig Kellerräume sind, denn solche Stauräume fehlen oft. In der Fraktion wurde auch die Frage nochmals diskutiert, weshalb es immer wieder neue Studien



braucht und nicht genügend Daten stadintern vorhanden sind. Die im FGPK-Protokoll erfasste Stellungnahme, weshalb das Projekt nicht auf einer bestehenden Lösung basiert, wurde sehr allgemein und ohne begründete Beispiele und Zahlen wiedergegeben. Zudem wurde die Möglichkeit diskutiert, ob man für den Neubau nicht auf die Pläne des bestehenden Projekts KiGa Aarau Rohr Chileweg zurückgreifen könnte. Am 23. März 2022 wurde eine Anfrage mit der Bitte um Prüfung dieser Option und detaillierter Ausführung, weshalb dies nicht möglich sein sollte, an den Stadtbaumeister gestellt. Leider erhielt die Fraktion bis heute keine Antwort, weil diese Stellungnahme im Spam-Ordner gelandet ist und wir darüber erst kurz vor der heutigen Sitzung Kenntnis erhalten haben. Nichts desto trotz können ein paar Mitglieder der FDP dem Projektierungskredit nicht zustimmen. Die Mehrheit der FDP-Fraktion stimmt jedoch dem Projektierungskredit für den Neubau des Kindergartens Goldern in der Höhe von 460'000 Franken zu. Wir freuen uns auf ein Kindergartenprojekt, welches nicht nur Architektenwünsche erfüllt, sondern auch ideale Bedingungen für die pädagogischen Anforderungen der Kindergartenstufe gewährleistet.

Hanspeter Thür, Stadtrat: Vielen Dank für die überwiegend positive Bewertung dieser Vorlage. Ich möchte zu einzelnen Punkten noch kurz Stellung nehmen. Ich beginne mit der Kellerproblematik. Darüber wurde bereits in der FGPK-Sitzung diskutiert und es wurde in Aussicht gestellt, dieses Begehren im Rahmen des Studienauftrages zu überprüfen. Es macht Sinn, einen bestehenden Raum nicht einfach zu eliminieren. Es ist Tatsache, dass ein Abbruch einer Liegenschaft sehr genau überprüft werden muss. Weil damit eine Menge von grauer Energie verloren geht, kann ich Ihnen versichern, dass Franziska Graf und ich die Ausgangslage genau studiert haben. Wir sind zum Schluss gekommen, dass es nicht Sinn macht, mit nur geringen Mehrkosten in eine Renovation zu investieren, bei welcher die Räume nicht die optimale Höhe aufweisen und diese so angelegt sind, wie sie heute nicht mehr zeitgemäss sind. Auch die ganze Wärmedämmung ist nicht optimal. Daher kamen wir zum Schluss, in einen Neubau zu investieren. Seinerzeit konnte man nicht wissen, dass ein Neubau ungefähr das gleiche Preissegment aufweist. Eine Renovation mit solch hohen Kosten ergibt einfach keinen Sinn. Es wurde die Frage zum Wettbewerb gestellt. Bei einem Projekt in dieser Grössenordnung sind wir verpflichtet, eine Ausschreibung vorzunehmen. Wir haben keine Pläne in einer Schublade, welche wir einfach herbeiziehen können, in der Meinung, dieses Projekt mit ein paar Anpassungen auf dem schmalen Grundstück in der Goldern zu realisieren. Eine weitere Vorgabe ist mit der Ausbaufähigkeit zu erfüllen. Die Kreisschule braucht derzeit 2 Abteilungen. Es kann aber durchaus sein, dass zu einem späteren Zeitpunkt drei Abteilungen benötigt werden. Wir wollen heute einen Bau realisieren, welcher die Möglichkeit schafft, eine dritte Abteilung errichten zu können. Diese Möglichkeit bedingt bauliche Voraussetzungen, welche aus keiner Schublade hervorgeholt werden können. Nachbauten gibt es auf der freien Wiese, wenn Aldi oder Lidl bauen. Solche Projekte können aus der Schublade hervorgeholt werden, sie benötigen einfach sehr viel Land. Ich glaube, dass dies nicht der ökologische Ansatz ist, welcher hier Sinn macht. Diese Tatsachen müssen berücksichtigt werden und es ist zu akzeptieren, dass in einem Quartier nicht einfach ein Normbau erstellt werden kann. Eine Tagesbetreuung ist letztlich die Bestellung der KSAB. Selbstverständlich wird diese im Rahmen des Projektierungsauftrages studiert. Ich bin auf die Antworten gespannt. Was das Stichwort des modularen Betreuungssystems betrifft, habe ich unterschiedliche Signale von verschiedenen Ansprechpersonen und Gruppen erhalten. Es sind sich diesbezüglich auch nicht alle einig, welches der richtige Weg ist. Darüber muss heute aber noch nicht befunden werden. Dies erfolgt zum Zeitpunkt der Vorlage des Bauprojekts. Ich danke für die gute Aufnahme des Geschäfts und bin froh, wenn das langgehegte Projekt endlich in Angriff genommen werden kann.



Christian Oehler, Präsident: Wir gelangen zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 41 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen und einer Enthaltung folgenden

Beschluss

Der Einwohnerrat bewilligt den Projektierungskredit inkl. Projektwettbewerb für den Neubau des Kindergartens Goldern in der Höhe von 460'000 Franken inkl. MwSt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum



Traktandum 9

9. Kreditabrechnung Kunsthausweg, Kanalisationserneuerung

Christian Oehler, Präsident: Mit Botschaft vom 8. November 2021 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Kunsthausweg, Kanalisationserneuerung". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von 565'000 Franken mit Bruttoanlagekosten von Fr. 396'250.80 ab. Es resultiert eine Kreditunterschreitung von 168'749.20, das sind 29.87 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 15. März 2022 zur Prüfung vor. Gibt es Voten aus der FGPK, vom Einwohnerrat oder vom zuständigen Stadtrat zu dieser Kreditabrechnung? Da dies nicht der Fall ist, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 44 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Kunsthausweg, Kanalisationserneuerung" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 10

10. Kreditabrechnung Buchserstrasse, Kanalisationserneuerung

Christian Oehler, Präsident: Mit Botschaft vom 8. November 2021 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Buchserstrasse, Kanalisationserneuerung". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von 460'000 Franken mit Bruttoanlagekosten von Fr. 469'974.55 ab. Es resultiert eine Kreditüberschreitung von Fr. 9'974.55, das sind 2.17 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an ihrer Sitzung vom 15. März 2022 zur Prüfung vor. Gibt es Bemerkungen aus der FGPK, vom Einwohnerrat oder vom Stadtrat? Da dies nicht der Fall ist, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 44 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Buchserstrasse, Kanalisationserneuerung" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 11

11. Kreditabrechnung Zukunftsraum Aarau, Ausarbeitungsphase (Teilbereiche)

Christian Oehler, Präsident: Mit Botschaft vom 22. November 2021 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Zukunftsraum Aarau, Ausarbeitungsphase (Teilbereiche)". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von 577'000 Franken mit Bruttoanlagekosten von Fr. 368'098.05 ab. Es resultiert eine Kreditunterschreitung von Fr. 208'901.95, das sind 36.20 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 15. März 2022 zur Prüfung vor. Gibt es Voten aus der FGPK, dem Einwohnerrat oder dem Stadtrat zu dieser Kreditabrechnung? Da dies nicht der Fall ist, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 44 einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Zukunftsraum Aarau, Ausarbeitungsphase (Teilbereiche)" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 12

12. Kreditabrechnung Ersatz Pionierfahrzeug

Christian Oehler, Präsident: Mit Botschaft vom 13. Dezember 2021 unterbreitet der Stadtrat dem Einwohnerrat die Kreditabrechnung "Ersatz Pionierfahrzeug". Sie schliesst bei einem verfügbaren Bruttokredit von 500'000 Franken mit Bruttoanlagekosten von Fr. 495'888.35 ab. Es resultiert eine Kreditunterschreitung von Fr. 4'111.65, das sind 0.82 %.

Die Kreditabrechnung lag der FGPK an der Sitzung vom 15. März 2022 zur Prüfung vor. Gibt es Voten aus der FGPK, dem Einwohnerrat oder dem Stadtrat zu dieser Kreditabrechnung? Da dies nicht der Fall ist, gelangen wir zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 44 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Die Kreditabrechnung "Ersatz Pionierfahrzeug" wird genehmigt.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 1 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.



Traktandum 13

13. Motion Daniel Ballmer (Grüne): Gleiche Chancen für alle im Einwohnerrat

Christian Oehler, Präsident: Mit Datum vom 21. September 2021 reichte Einwohnerrat Daniel Ballmer (Grüne) die Motion "Gleiche Chancen für alle im Einwohnerrat" ein und stellte folgenden

Antrag

Es wird ein neues Reglement zur Entschädigung und Bildung der Einwohnerratsmitglieder erarbeitet. Dabei werden mindestens folgende Punkte mit einbezogen:

- *Einführungskurs (siehe Budgetantrag)*
- *Regelung der Kostenübernahme bei Weiterbildungen im Amt*
- *Rückerstattung von Betreuungskosten, die aus der Amtstätigkeit entstehen*
- *Stipendien für Ratsmitglieder mit tiefem Einkommen*
- *Parteiunabhängige Informationsanlässe für Menschen, die sich für eine Kandidatur interessieren; jeweils ein Jahr vor den Kommunalwahlen*

*Die Regelung der Sitzungsgelder für den Einwohnerrat und seine Kommissionen sowie die Entschädigung von Präsidium und Vizepräsidium werden ebenfalls in dieses neue Reglement überführt. Wenn der Kanton Aargau eine Stellvertretungsregelung erlaubt und Aarau eine solche einführt, wird das Reglement auf die Stellvertreter*innen ausgeweitet.*

Mit Botschaft vom 20. Dezember 2021 nimmt der Stadtrat zu dieser Motion schriftlich Stellung und stellt folgenden

Antrag

Die Motion "Gleiche Chancen für alle im Einwohnerrat" wird nicht überwiesen.

Zuerst hören wir das Referat der Motionäre. Anschliessend erfolgt die Diskussion im Rat, die Stellungnahme des Stadtrates und die Abstimmung

Thomas Waldmeier, Mitglied: Ich spreche als Motionär und vertrete zugleich die Meinung der Grünen. Grundsätzlich sehen wir, dass der Stadtrat gewisse Punkte aufgenommen und die Informationsveranstaltungen für neue Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte vorgenommen hat. Wir sehen aber, dass nicht alle Forderungen erfüllt werden und bitten Sie daher, diese Motion zu überweisen. Ich möchte als Begründung gerne noch ein Mail von Daniel Ballmer zu dieser Botschaft vorlesen: "Mit einer solchen Antwort hatte ich schon gerechnet. Interessant ist, dass der Stadtrat kein einziges handfestes Argument hat. Er ist der Meinung, dass die bisherigen Massnahmen genügen. Aber worauf gründet diese Meinung? 1. So viele Motionen, die eingereicht werden, sind nicht motionsfähig. So viele Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte verbringen Jahre im Rat, ohne wichtige Ressourcen in die Rechtssammlung, die Möglichkeit zur Vorprüfung von Vorlagen oder das Angebot für Weiterbildungen zu kennen. Die meisten Fraktionen geben ihr Wissen nur bruchstückhaft und unsystematisch weiter, auch, weil viele einwohnerrätliche Instrumente nur noch alle paar Jahre einmal zum Einsatz kommen, siehe WOSA-Motion. Das Engagement, immer da zu sein, ist eine leere Geste. Wenn man nicht weiss, welche Ressourcen zur Verfügung stehen, kann man meist auch nicht danach fragen. Das bestehende System taugt keineswegs dazu, unsere Wissenslücken zu füllen und unwissende Parlamentarierinnen und Parlamentarier sind weniger effektive Parlamentarierinnen und Parlamentarier. 2. Im Einwoh-



nerrat sitzt vor allem der gehobene Mittelstand der Stadt Aarau. Grosse Bevölkerungsgruppen, wie Menschen ohne höheren Schulabschluss, Alleinerziehende und Menschen mit Migrationshintergrund sind massiv untervertreten. Will der Stadtrat sagen, dass es reiner Zufall ist, dass Menschen, die entweder wenig politische Bildung erhalten haben oder an Abenden nicht ohne Weiteres frei nehmen können, in einem Amt fehlen, das die politische Bildung und freie Zeit an Abenden einfach so voraussetzt? Oder will er sagen, dass es egal ist, dass diese Menschen nicht im Parlament vertreten sind?" In diesem Sinne appellieren wir an Sie, diese Motion zu überweisen.

Fiona Wiedemeier, Mitglied: Die Motion von Daniel Ballmer war den Zentrumsfraktionen auf den ersten Blick sehr sympathisch. Chancengleichheit in der Politik ist eine Problematik, die uns immer wieder deutlich vor Augen geführt wird. Wir mögen heute in diesem Rat zwar mit gleich vielen Frauen wie Männern vertreten sein, die Diversität der Gesellschaft, der Generationen, der Ausbildungshintergründe, der Herkunft bilden wir aber noch lange nicht ab. Das Ziel der Motion ist durchaus erstrebenswert. Wir von der Zentrumsfraktion zweifeln aber an der Effektivität einzelner aufgezählter Massnahmen. Die Bündelung als Paket machte uns die Entscheidung daher nicht einfach. Ich möchte kurz auf die einzelnen Massnahmen eingehen. Gerade die Einführungskurse für neue Ratsmitglieder und die Informationsanlässe für potentielle Kandidatinnen und Kandidaten erscheinen uns als relativ kosteneffiziente Massnahmen, mit welchen ein klarer Mehrwert erzielt wird. Erfreulicherweise ist das erste Anliegen bereits umgesetzt. Ein Einführungskurs für neugewählte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte wird morgen Abend stattfinden. Eher skeptisch begegnen wir der Beteiligung an den Weiterbildungskosten für Ratsmitglieder. Hier ist relativ unklar, wie gross diese Beteiligung sein soll. Wäre damit auch eine Politik-Weiterbildung an der HSG gedeckt, welche dann doch gegen 10'000 Franken kosten könnte? Diese Frage geht aus dem Begründungstext der Motion nicht klar hervor. Persönlich habe ich viel Sympathien mit dem Anliegen, die Finanzierung der Kinderbetreuung klarer zu regeln. Als junge Frau ohne Kinder kann ich mir nur ausmalen, wie nervenaufreibend es sein muss, neben Beruf und Politik auch das Familienleben zu jonglieren. Ich bewundere die Mütter und Väter, welche diese schwierige und mühsame, aber auch schöne Aufgabe tagtäglich bewältigen. Die mühsame Betreuungssituation – gerade in den Abendstunden – kennen aber nicht nur wir Politikerinnen und Politiker. Menschen, die Nacht- oder Spätschicht leisten, sind mit genau der gleichen Herausforderung konfrontiert. Wollen wir wirklich eine isolierte Lösung für die 50 Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte in diesem Raum schaffen, von welchen wohl ein Teil die Familienplanung bereits abgeschlossen hat? Oder ist es nicht sinnvoller, ganz generell die Betreuungs-Infrastruktur in der Stadt Aarau anzugeben – und das für die ganze Bevölkerung? Und nun zum letzten Punkt, zu den Stipendien. Die Entlohnung als Ratsmitglied ist niedrig. Das sind wir uns bewusst. Wir haben uns aus Überzeugung entschieden, für dieses Amt zu kandidieren. Wer für Politik brennt, wird sich vom tiefen Lohn nicht abhalten lassen. Und doch ist es durchaus legitim zu hinterfragen, ob diese Entlohnung noch zeitgemäss ist. Man kann sie mit den Entlohnungen anderer Lokalparlamente vergleichen. In diesem Vergleich sehen wir eher schlecht aus. Als Politiker seinen eigenen Lohn zu erhöhen, ist aber nicht gerade toll. Das steht aber heute nicht zur Diskussion. Die Zentrumsfraktionen haben nach reiflicher Überlegung entschieden, die Motion abzulehnen. Wir legen dem Stadtrat jedoch nahe, insbesondere die Einführungsanlässe für neue Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte auch während der Legislatur anzubieten und zu prüfen, einen solchen Informationsanlass vor den nächsten Wahlen für potentielle Kandidatinnen und Kandidaten anzubieten.

Susanne Knörr, Mitglied: Ich danke Daniel Ballmer für seine Bezeichnung, dass ich zum gehobenen Mittelstand gehöre. Einwohnerrat zu sein, bedeutet auch, Freiwilligenarbeit zu leisten. Wir erhalten dafür auch ein wenig Lohn. Wir können uns einbringen und mitgestalten. Die Sitzungstermine werden frühzeitig bekanntgegeben und neue Fraktionsmitglieder werden von den älteren Mitgliedern in ihr Amt eingeführt und können Fragen stellen.



Zudem veranlasst die Stadt jetzt auch Einführungskurse. Jeder, der sich auf eine Wahlliste setzen lässt, muss sich Gedanken darüber machen, ob ein solches Amt mit dem Job und der Familie vereinbar ist. Aufgrund der gefüllten Parteilisten mit Kandidatinnen und Kandidaten bei den letzten Wahlen scheint es für viele Leute kein Problem zu sein, ein solches Amt auszuführen. Ich frage mich, was es bedeutet, wenn die Stipendien und Beratungskosten durch die Stadt übernommen werden. Wenn mir die Stadt eine Weiterbildung bezahlt, muss ich mich dann zu etwas verpflichten? Die Fraktion der SVP lehnt die Motion einstimmig ab.

Brigitte Vogt-Wehrli, Mitglied: Das Einwohnerratsmandat ist zeitaufwendig, das wissen wir alle. Nebst Aktenstudium finden Einwohnerrats-, Fraktions- und Kommissionssitzungen statt. Alles muss erledigt werden und findet vorwiegend am Vorabend oder im Abendprogramm statt. Die Sitzungsdaten sind zwar früh bekannt, erschweren oder verunmöglichen aber trotzdem ganz klar für nicht wenige Personen eine Parlamentsteilnahme. Personen mit regelmässigen Abend- und Nachtdiensten, Ortsabsenzen und späten Pendlerzeiten. Dies ist eine, wenn auch ungewollte Benachteiligung von vielen Bürgerinnen und Bürgern. Diese Benachteiligung aufzuheben, würde aber Tagessitzungen bedingen, was aber wiederum für viele Menschen weniger realisierbar und finanzierbar wäre. Bürgerinnen und Bürger, welche am Abend arbeiten müssen, wird es immer geben. Doch Lebensphasen ändern sich, Jobs werden gewechselt, auch private Rahmenbedingungen bleiben nicht immer dieselben. So auch die herausfordernde Babyphase. Wir gehen mit dem Stadtrat einig, dass es nicht Aufgabe der Stadt ist, für Mütter und Väter die Babysitterkosten zu übernehmen, da die Sitzungsdaten so weit im Voraus bekannt sind, dass die Organisation der Kinderbetreuung im privaten Umfeld machbar sein sollte. Deshalb, liebe Mütter und Väter, nicht verzweifeln. Wie erwähnt, ändern sich Lebensphasen, die Kinder werden älter und dann wird es wieder möglich sein, ein Einwohnerratsmandat anzunehmen. Wenn wir es richtig verstehen, geht es dem Motionär im Grunde aber darum, Bürgerinnen und Bürger mit tieferen Einkommen die Parlamentsteilhabe finanziell und intellektuell zu erleichtern. Der Einwohnerrat ist ein Milizparlament mit Sitzungsentschädigung. Mit dem Mandat hat man weder Anrecht auf Lohn, noch auf Lohnausfallentschädigung. Die heute im Rat zu diskutierende Motion verlangt dazu Abhilfe. Unter anderem Auslageentschädigungen, Stipendien und Weiterbildungsgelder für finanziell schwächer gestellte Personen. Diese Überlegung ist theoretisch teilweise nachvollziehbar und der geforderte Budgetbetrag eigentlich klein. Trotzdem handelt es sich um eine weitere Regulierung und Bürokratisierung einer Aufgabe, die unseres Erachtens im privaten Umfeld zu regeln ist. Im Einwohnerrat sind 50 Personen. Für die Wahlliste haben sich im letzten Wahlkampf etwa dreimal so viele Personen beworben. Möglich, dass sich eine Bürgerin oder ein Bürger für das Amt interessierte, aber aus den geschilderten Gründen nicht kandidieren konnte. Für Kandidaten zu sorgen ist aber unseres Erachtens nicht Aufgabe der Stadt, sondern der Parteien und Politiker. Sich in ein Parlament wählen zu lassen setzt ein gewisses politisches Grundwissen und Verständnis für unser Staatswesen und Rechtssystem voraus. Das Grundwissen wird in unserer Volksschule vermittelt und anscheinend neuestens mit dem vom ZDA speziell dafür entwickelten politischen Bildungs-Tool. Vor allem aber setzt die Parlamentsarbeit Interesse an der Politik voraus, und das dazu vertiefte Wissen kann man sich selber aneignen. Für Interessierte, auch für Personen, die nicht in der Schweiz zur Schule gingen, sind dazu über Internet diverse Tools verfügbar. Natürlich hat ein Kommunalparlament seine Eigenheiten und Abläufe. Dazu bietet die Stadt aber bereits Informationsabende für Neumitglieder an. Die Forderung, Einwohnerräten umfangreichere Einführungskurse zu bieten, Stipendien für Weiterbildungen auszurichten, grössere Informationsanlässe für die gesamte Öffentlichkeit durchzuführen, all das übersteigt nach unserer Auffassung den Grundauftrag der öffentlichen Hand. Dieser ist mit der Schulbildung und Einführungsanlässen erfüllt. Letztlich liegt es auch hier im Interesse und an der Eigenverantwortung jedes Einzelnen und am Interesse aller Einwohnerräte, Informationen für die Öffentlichkeit, Hilfe



und Unterstützung von Kandidatinnen und Kandidaten in der Fraktions- und Parteigemeinschaft zu leisten. Doch wie vorgängig umschrieben, gibt es verschiedene Hürden, die eine Kandidatur verhindern kann. Chancengleichheit für alle in allen Lebensphasen zu gewährleisten, ist schlichtweg nicht umsetzbar. Folgerichtig haben wir beschlossen, der Beurteilung des Stadtrates einstimmig zu folgen und die Motion nicht zu überweisen. Jetzt noch eine Bemerkung, die ich mir nicht verkneifen kann. So, wie Daniel Ballmer die Missstände bezüglich Repräsentation der Aarauer Bevölkerung im Einwohnerrat umschreibt, müsste eigentlich das Stadtparlament abgeschafft und die Gemeindeversammlung wieder eingeführt werden. Leider ist auch das kein Erfolgsmodell. Wir erklären uns den Grund dafür mit dem allgemeinen Desinteresse in der Mehrheit der Bevölkerung oder der grundsätzlichen Ablehnung von politischer Verantwortung. Der Angriff von Daniel Ballmer – mit einem offensichtlichen ideologischen Unterton – auf die damaligen liberalen Denker und Gründer des modernen Bundesstaates 1848, scheint uns hingegen doch sehr weit hergeholt. Stolz auf unsere Vorfahren, überhören wir diesen Angriff grosszügig und lassen dies als schon fast respektlose Polemik unaufgeregt stehen.

Leona Klopfenstein, Mitglied: Die SP-Fraktion dankt Daniel Ballmer für die Motion und das Ansprechen dieser sehr wichtigen Themen. Familienbetreuung, Ausführen eines politischen Amtes, Chancengleichheit oder auch die Unterstützung von Personen bei Aus- und Weiterbildung sind nicht nur die Anliegen von Daniel Ballmer, sondern auch sozialdemokratische Ziele. Wir haben grosse Sympathien gegenüber dem Inhalt dieser Motion. In unserer SP-Fraktion haben wir es auch schon erlebt, dass eine Person ihren Rücktritt aus dem Rat bekanntgegeben hat, weil sie die Betreuung und die Amtsausführung nicht mehr unter einen Hut bringen konnte. Es ist sicher Tatsache, dass auf unserer SP-Liste immer sehr viele Leute antreten. Wir erleben aber immer wieder bei Anfragen, dass die Leute zwar Interesse hätten, Politik zu machen, wir aber immer wieder Absagen von Müttern und Vätern erhalten, weil sie die Vereinbarkeit nicht sehen. Wir können die Meinung des Stadtrates nicht teilen, dass es einfach so problemlos möglich sein soll, Politik, und Betreuung zu vereinbaren. Auch für viele amtierende Ratsmitglieder gibt es oftmals Probleme, wenn Sitzungen und Infoveranstaltungen teilweise schon um 17 Uhr beginnen. Wir müssen uns fragen, ob die Ausführung eines politischen Amtes für Alle möglich ist. Ist es zum Beispiel für eine Studentin oder Studenten mit einem Nebenjob am Montagabend möglich, diesen für das grosse zeitliche Engagement und die doch eher bescheidene Entschädigung von 80 Franken aufzugeben? Ist es für Angehörige von Pflegebedürftigen möglich, sich in den Rat wählen zu lassen oder für Personen, welche bis abends nach 19 Uhr an der Migros-Kasse arbeiten müssen? Ist eine solche Amtsausführung für Alleinerziehenden oder für Personen mit sehr tiefen Einkommen möglich? Ich kann diese Fragen nicht mit ja beantworten. Nur, weil die Amtsausübung für uns Einwohnerräte möglich ist, heisst es noch lange nicht, dass sie auch für andere Personen, die Interesse hätten, möglich ist. Wir wollen, dass Politik machen kein Privileg ist. Aus diesen Gründen haben wir sehr viele Sympathien für das Anliegen von Daniel Ballmer. Wir vertreten jedoch bei der Umsetzung die gleiche Meinung wie der Stadtrat. Wir sind der Ansicht, dass es kein zusätzliches Reglement braucht. Derzeit ist ein Reglement in Überarbeitung und wir schlagen vor, dass in dieses konkrete Vorschläge eingearbeitet werden. Wir werden uns, wie auch immer möglich, dafür stark machen. Wir freuen uns aber, dass die parteiunabhängigen Informationsanlässe Anklang gefunden haben. Die SP-Fraktion wird – trotz viel Sympathie – die Motion mehrheitlich ablehnen, weil die Verankerung im bestehenden Reglement erfolgen soll.

Dr. Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident: Vielen Dank für die Aufnahme dieses Geschäfts und die Diskussion. Es geht um eine Gleichbehandlung im Rahmen der Parlamentsarbeit und der Möglichkeiten. Wir sind ebenfalls an guten Lösungen für alle Seiten interessiert. Es ist nicht möglich, dass 100% der Schweizer Bevölkerung schon nur die Möglichkeit hat, hier im Saal zu sitzen, alleine schon wegen der Staatsangehörigkeit. Es bestehen recht grosse Differenzen. Gewisse Punkte können wir regeln, andere wiederum aber nicht. Wir



sind bereit, entsprechende Informationsanlässe durchzuführen, damit die Instrumente und die Möglichkeiten vorhanden sind, die man als Parlamentarierinnen und Parlamentarier bewusst einsetzen kann. Der erste dieser Anlässe findet morgen Abend statt. Die Einladung ist versandt worden. Wir werden diese Anlässe auch regelmässig wiederholen, da es ja im Laufe eines Jahres immer wieder personelle Änderungen gibt. Wir prüfen, weitere Optimierungen zu erreichen. Für ein Milizparlament, in der Grösse unseres Parlaments mit 9 – 10 Sitzungen im Jahr und entsprechend 1 – 2 Vorbereitungssitzungen ist ein weitergehendes Instrumentarium einfach zu aufwendig und wir beantragen deshalb, die Motion nicht zu überweisen.

Christian Oehler, Präsident: Wir gelangen zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 7 Ja-Stimmen und 31 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Die Motion "Gleiche Chance für alle im Einwohnerrat" wird nicht überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 14

14. Postulat Yannick Berner (FDP): Digital Aarau - Digitalisierung der Stadtverwaltung

Christian Oehler, Präsident: Am 25. November 2021 hat Einwohnerrat Yannick Berner (FDP) ein Postulat "Digital Aarau – Digitalisierung der Stadtverwaltung" eingereicht mit folgendem

Antrag

Der Stadtrat wird gebeten, bis Ende 2022 eine Strategie zur Digitalisierung der Verwaltung inklusive Massnahmenkatalog, Ressourcenbedarf und Einsparpotenzial durch die digitale Transformation zu erarbeiten.

Mit Botschaft vom 10. Januar 2022 nimmt der Stadtrat zu diesem Postulat schriftlich Stellung und unterbreitet folgenden

Antrag

Das Postulat wird überwiesen.

Wir hören zuerst das Referat des Postulanten. Anschliessend folgen die Diskussion im Rat und die Stellungnahme des Stadtrates und die Abstimmung, Da Yannick Berner nicht mehr im Einwohnerrat vertreten ist, wird an seiner Stelle Pascal Benz referieren.

Pascal Benz, Mitglied: Einleitend möchte ich mich im Namen von Yannick Berner und der FDP dafür bedanken, dass das Postulat zur Digitalisierung der Stadtverwaltung positiv aufgenommen wurde. Sie sehen, die Digitalisierung ermöglicht den städtischen Angestellten, von monotonen, aber automatisierten Aufgaben befreit zu werden und somit eine attraktivere Arbeit machen zu können. Die Digitalisierung wird nicht nur die Verwaltung, sondern uns alle entlasten. Die Bürokratie wird durch die Digitalisierung zwar nicht beseitigt, aber sie wird transparenter, effizienter und für uns alle erträglicher. Wir erwarten vom Stadtrat die Ausarbeitung der Strategie. Er soll Projektentwürfe liefern und damit die Strategie fassbarer machen. Wir wünschen uns unter anderem einen ausgearbeiteten Massnahmenkatalog, aus welchem ersichtlich ist, wann die einzelnen Massnahmen umgesetzt werden und wie lange dies dauert. Er soll auch aufzeigen, wie der notwendige Ressourcenbedarf aussieht, zum Beispiel, wie viel zusätzliche Stellen für die Umsetzung benötigt werden. Natürlich ist es interessant zu wissen, was die Digitalisierung bringt. Zum Beispiel, wie viele Ressourcen in der Stadt genutzt würden. Wir haben volles Vertrauen in den Stadtrat, dass er die in die Digitalisierung gesetzten Erwartungen erfüllen kann. Die Chancen, die sich der Stadt mit der Digitalisierung bieten, helfen uns allen. Deshalb bitte ich Sie, stimmen Sie diesem Postulat zu

Urs Winzenried, Mitglied: Die Digitalisierung und Weiterentwicklung der Digitalisierung sind bestimmt wichtige und berechtigte Anliegen. In Aarau sind bereits zahlreiche Projekte umgesetzt worden, zum Beispiel das Einwohnerportal. Sie zeigen, dass die Stadt Aarau nicht untätig ist. Insofern ist das Postulat beim Stadtrat auf offene Ohren gestossen. Die SVP ist der Meinung, dass der Zeitpunkt gekommen ist, eine Standortbestimmung vorzunehmen und die Stossrichtung für eine weitere Digitalisierung zu überprüfen und auch festzulegen, welche Strategie entwickelt und welche Massnahmen definiert werden müssen. Gemäss Masterarbeit – erwähnt in der Botschaft – besteht in Aarau noch Luft nach oben. Im Moment besteht eine mittlere digitale Reife. Digitalisierung ja, aber nicht um



jeden Preis. Es muss bei weitem nicht alles digitalisiert werden. Es muss überprüft werden, wo die Digitalisierung tatsächlich Sinn macht. Die geplante Analyse wird eine gute Grundlage für die Beantwortung der Fragen liefern. Die SVP folgt einstimmig dem Antrag des Stadtrates auf Überweisung dieses Postulats.

Dr. Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident: Vielen Dank für die gute Aufnahme dieses Geschäfts. Es ist Tatsache, dass dieses Postulat offene Türen einrennt. Wir haben vor knapp zwei Jahren die Smart City-Strategie entwickelt und publiziert. Auf dieser Basis werden wir weiterarbeiten, damit wir entsprechende Dienstleistungen anbieten können. Wir haben in den letzten 3 bis 4 Jahren in unsere eigene IT-Fähigkeiten investiert, indem das Dokumentenverwaltungssystem und per 1.1.2022 ein neues ERP-System eingeführt wurden, womit alle Datenmengen zentral und allgemein koordinierbar gehalten werden können. Letzte Woche ist vom Kanton über das SmartService-Portal ein weiterer Schritt eingeleitet worden, in dem gewisse Dienstleistungen angeboten werden können. Wir sind am Pilotprojekt beteiligt und werden dieses weiterentwickeln. Wir haben letzte Woche mit zufällig ausgewählten Einwohnerinnen und Einwohnern einen Workshop abgehalten. Man wollte in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Nordwestschweiz erfahren, welche Dienstleistungen digital gewünscht werden und was von einer digitalien Dienstleistung erwartet wird. Welche Dienstleistungen möchte man nicht unbedingt digital? Mit Einbezug der Bevölkerung und des Einwohnerrates sowie der Verwaltung und weiterer entsprechenden Stellen werden wir weitergehen. Es würde uns freuen, wenn Sie das Postulat überweisen.

Christian Oehler, Präsident: Wir gelangen zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit mit 44 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Das Postulat "Digital Aarau – Digitalisierung der Stadtverwaltung" wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 15

15. Postulat Yannick Berner (FDP) und Stefan Zubler (FDP): Schaffung eines Städtischen Wirtschaftsforums

Christian Oehler, Präsident: Am 16. Dezember 2021 haben die Einwohnerräte Yannick Berner (FDP) und Stefan Zubler (FDP) ein Postulat betreffend "Schaffung eines städtischen Wirtschaftsforums" eingereicht mit folgendem

Antrag

Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen und zu berichten, wie die Stimme der Wirtschaft stärker in Aarau integriert werden kann.

Mit Botschaft vom 10. Januar 2022 nimmt der Stadtrat zu diesem Postulat schriftlich Stellung und unterbreitet folgenden

Antrag

Das Postulat wird überwiesen.

Zuerst hören wir das Referat des Postulanten. Anschliessend folgen die Diskussion im Einwohnerrat und die Stellungnahme des Stadtrates. Am Schluss erfolgt die Abstimmung. Das Referat hält Stefan Zubler.

Stefan Zubler, Mitglied: Als erstes möchte ich dem Stadtrat für die positive Aufnahme unseres Anliegens danken. Die Stadt Aarau unterhält viele Kommissionen. Alterskommission, Energie- und Verkehrskommission, Kulturbetriebs- und Kulturförderungskommission, Stadtbildkommission. Das ist nur eine kleine Auswahl. Auf der Website der Stadt sind 20 Kommissionen aufgeführt. Keine davon hat einen direkten Bezug zur Wirtschaft. Und genau hier knüpft unser Postulat an. Die FDP-Fraktion begrüsst die Professionalisierung der Standort- und Wirtschaftsförderung, welche in den letzten Jahren stattgefunden hat. Mit der Ausgliederung dieser Aufgaben in eine Stiftung besteht aber auch das Risiko, dass zwischen dem Dreieck Stadtrat, bzw. der Verwaltung, der Stiftung Standortförderung und den lokalen Unternehmen die Nähe ein wenig verloren geht. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist diese Nähe jedoch entscheidend. Der seit 2016 existierende Wirtschaftsbeirat erlaubt es lokalen Unternehmen, sich zweimal jährlich in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Stadtrat und der Wirtschaftsförderung auszutauschen. Das Gremium hat dabei aber eine rein beratende Funktion. Aus unserer Sicht muss der Austausch zwischen dem lokalen Gewerbe und der Stadt ein regelmässiges und wiederkehrendes Traktandum im Stadtrat sein. Diese Nähe und der Austausch helfen einerseits, die bestehenden Unternehmen und Arbeitsplätze in unserer Stadt zu erhalten. Andererseits lernt man auch dazu und kann so Rahmenbedingungen schaffen, um neue Unternehmen anzuziehen und Arbeitsplätze in der Stadt zu schaffen. Deshalb kam uns auch die Idee einer Wirtschaftskommission oder einer Art Wirtschaftsforum. Die 20 existierenden Kommissionen haben jeweils eine relativ klare Aufgabe und auch entsprechende Kompetenzen. Diese für eine Wirtschaftskommission festzulegen, ist nicht ganz einfach. Das ist uns bewusst. Deshalb freut es uns, dass der Stadtrat dem Postulat trotzdem positiv gegenübersteht. Gleichzeitig möchten wir den Stadtrat bitten, in seinem Bericht aufzuzeigen, wie er die Verbindung zum lokalen Gewerbe und der Standortförderung beurteilt und welche konkreten Massnahmen denkbar wären, um den Austausch zu intensivieren. Die monatlichen Besuche bei lokalen Unternehmen, zusammen mit der Standortförderung, sind schon einmal ein aussichtsreicher Anfang. Eine Überweisung unseres Postulates würde uns sehr freuen.



Urs Winzenried, Mitglied: Eine starke Wirtschaft ist sehr wichtig. Davon können alle Bürgerinnen und Bürger profitieren. Es würden Arbeitsplätze geschaffen und es würden Steuererträge generiert, um nur zwei Beispiele zu nennen. Wie dem Votum des Vorredners entnommen werden konnte, existieren in der Stadt Aarau bereits 20 Kommissionen. Es ist erstaunlich, dass der Bereich Wirtschaft etwas stiefmütterlich behandelt wurde. Die Wirtschaft verdient, auch in der Stadt Aarau, dass sie ein ständiges Forum hat. Genau in diese Richtung zieht das Postulat. Der Stadtrat begrüsst ja die Stossrichtung der Postulanten, ohne sich genau festzulegen, wie dies umgesetzt werden soll. Ich denke aber, es könnte in die Richtung eines Wirtschaftsforums oder einer Wirtschaftskommission gehen, welche ständig tagt. Die SVP begrüsst die Bereitschaft des Stadtrates, das Postulat zu überweisen. Wir werden dem Antrag des Stadtrates einstimmig folgen.

Dr. Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident: Wiederum vielen Dank für die gute Aufnahme dieses Geschäfts. Wir haben uns in den letzten Jahren durchaus mit der Struktur der Wirtschaftsförderung auseinandergesetzt. Wir haben im Bereich der insgesamt Standortförderung festgestellt, dass nicht alles optimal funktioniert. Wir haben nun per 1.1.2021 die Stiftung Aarau Standortförderung gegründet. Diese Wirtschaftsförderung soll zusammen mit den gewerblichen und wirtschaftlichen Vereinigungen in der Region auf eine andere Basis gestellt werden. Wir werden regelmässig überprüfen, wie sich die Umsetzung bewährt, wie die Leistungsvereinbarungen laufen und ob es Optimierungspotenzial gibt. Im Rahmen dieser Überprüfung, welche bald wieder ansteht, wollen wir feststellen, ob ein ergänzendes Gremium für die Stadt und die städtische Wirtschaft benötigt wird und in welcher Form dieses ausgestaltet werden könnte. Wir beschäftigen uns bewusst mit unseren Firmen. Gewisse Strukturen, eine Kommission oder ein Forum ist eine denkbare Lösung. Wir werden dies im Sinne dieses Postulats gerne überprüfen. Deshalb sind wir froh, wenn das Postulat überwiesen wird.

Nicola Müller, Mitglied: Wir lehnen dieses Postulat ab. Wir sind der Meinung, dass die Wirtschaft bereits viel Einfluss in dieser Stadt hat. Ich sehe gerade acht Personen, welche diesen Einfluss geltend machen, zumindest hier im Einwohnerrat. Ich habe die Botschaft mehrfach gelesen. Ich lese aber nirgends etwas von einem Wirtschaftsforum. Es ist vermerkt: Der Stadtrat ist in diesem Zusammenhang bereit, in einem Bericht darzulegen, wie die Anliegen der Wirtschaft bei der städtischen Weiterentwicklung berücksichtigt werden. Es zeigt ein wenig, dass die Kommunikation zwischen Einwohnerrat und Stadtrat in der letzten Zeit etwas kränkelt. Man muss auch festhalten, dass es sich nicht um ein unglaublich gutes Postulat handelt. Der Titel heisst: Schaffung eines städtischen Wirtschaftsforums. Der Antrag lautet: Der Stadtrat wird gebeten, zu prüfen und zu gewichten, wie die Stimme der Wirtschaft stärker in Aarau integriert werden kann. Von der Schaffung einer Wirtschaftskommission oder eines Wirtschaftsforums ist keine Rede mehr. Und doch appelliert der Stadtrat für eine Überweisung und verspricht zu berichten, was grundsätzlich sowieso gemacht wird. Die Aussagen von Hanspeter Hilfiker lauten nochmals anders. Wir wissen daher schlicht nicht, zu was wir ja sagen sollen. Die Botschaft ist relativ schlecht verfasst. Sie ist kurz, aber auch nicht präzise. Wir unterstützen dieses Postulat nicht.

Dr. Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident: Ich finde es kritisch, wenn die Meinung besteht, die Stimme der Wirtschaft sei in einem Parlament nicht wichtig und man auf ein paar Vertreterinnen und Vertreter einer Partei verweist mit der Aussage, diese sollen diese Stimme sicherstellen. Das Wirtschaftsforum ist ein offen formuliertes Anliegen mit der Frage, wie soll die Stimme der Wirtschaft stärker in Aarau integriert werden. Wir werden die Leistungsvereinbarungen, welche mit Aarau Standortförderung bestehen, in diesen Prüfungsbericht einfließen lassen und feststellen, ob für unsere eigenen Aarauer Unternehmen genügend Kontaktmöglichkeiten bestehen oder ob tatsächlich eine städtische Wirtschaftskommission oder ein Forum benötigt wird. Dies ist ein relevantes Anliegen. Wir haben die



Berichterstattung kurz gehalten, weil das Resultat entsprechend offen ist. Eventuell wird am Schluss festgestellt, dass die Kontaktaufnahme in den Lokalunternehmen gross und die Abdeckung gut und kein zusätzliches Gremium erforderlich ist. Wir sind aber bereit, diese Prüfung vorzunehmen. Das Anliegen der Prüfung, dass die Stimme der Wirtschaft auch im politischen Gremium des Einwohnerrates vertreten ist, ist durchaus berechtigt. Dies nehmen wir so auf.

Christian Oehler, Präsident: Die Diskussion ist nun endgültig beendet. Wir gelangen zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 29 Ja-Stimmen und 12 Nein-Stimmen, bei 3 Enthaltungen folgenden

Beschluss

Das Postulat "Schaffung eines städtischen Wirtschaftsforums" wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.



Traktandum 16

16. Postulat Dieter Wicki (Mitte), Lukas Häusermann (Mitte), Barbara Schönberg von Arx (Mitte), Martin Bahn Müller (FDP), Gemeindeverbände und andere Kooperationen: Pragmatische Aufgabenteilung oder schwarze Löcher für Demokratie und Finanzen

Christian Oehler, Präsident: Am 20. November 2021 haben Dieter Wicki (Mitte), Lukas Häusermann (Mitte), Barbara Schönberg von Arx (Mitte) und Martin Bahn Müller (FDP) das Postulat "Gemeindeverbände und andere Kooperationen: Pragmatische Aufgabenteilung oder schwarze Löcher für Demokratie und Finanzen?" eingereicht mit folgenden

Anträgen

1. *der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission (FGPK) des Einwohnerrates im Laufe der kommenden Legislaturperiode 2022-2025 zu jeder Kooperation einen Bericht (Standortbestimmung) vorzulegen.*
2. *dem Einwohnerrat bis Mitte 2022 für alle Kooperationen die Strukturen und die Vertretung der Stadt Aarau zugänglich zu machen.*

Mit Botschaft vom 24. Januar 2022 nimmt der Stadtrat zu diesem Postulat schriftlich Stellung und unterbreitet folgenden

Antrag

Das Postulat wird überwiesen.

Wir hören zuerst wieder das Referat der Postulanten. Anschliessend erfolgt die Diskussion im Rat und die Stellungnahme des Stadtrates. Am Schluss gelangen wir zur Abstimmung. Dieter Wicki hält das Referat.

Dieter Wicki, Mitglied: Ich spreche im Sinne der Postulanten, aber auch im Namen der Zentrumsfraktionen. Die Stadt Aarau ist vielfältig vernetzt. Die Aufgaben werden in einem Verbund erledigt und das ist nicht schlecht. Diese Vernetzung ist nicht Thema dieses Postulats, sondern die finanziellen Folgen, welche die Zusammenarbeitsformen bringen. Namentlich die Gemeindeverbände und die Gemeindeverträge, an welchen die Stadt Aarau auch beteiligt ist. Über diese Kosten beschliesst der Einwohnerrat im Zusammenhang mit dem Budget. Dabei fehlt oftmals die volle Transparenz, ob die eigentlichen Interessen der Stadt Aarau in den entsprechenden Gemeindeverbänden oder mit den Vertragsgemeinden gewahrt werden konnten. Bei diesem Punkt setzt das Postulat an. Es lädt den Stadtrat ein, einen vertieften Dialog mit der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission zur Frage zu führen, ob mit all diesen Gemeindeverbandsmitgliedschaften und Gemeindeverträgen die gewollten Ziele erreicht wurden. Die beiden Zentrumsfraktionen unterstützen das Postulat und ich lade Sie ein, dieses zu überweisen.

Susanne Heuberger, Mitglied: Das Postulat verlangt Transparenz. Der Stadtrat liefert die Antwort gleich mit. Es besteht bereits ein sehr hohes Mass an Transparenz in der Frage der Gemeindeverbände und der Kooperationen. Die SVP unterstützt die Überweisung dieses Postulats, wie vom Stadtrat auch empfohlen. Weil bereits grosse Transparenz herrscht, sind wir aber eigentlich der Meinung, dass dieses Postulat nicht zwingend notwendig wäre. Wir gehen davon aus, dass es auch bald wieder abgeschrieben wird.



Dr. Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident: Ich bedanke mich für die gute Aufnahme dieses Postulats. Wir haben insbesondere im Rahmen des Zukunftsraumes die Methoden- und Entscheidungskriterien sowie die Situationen in den Gemeindeverbänden studiert und sind zum Schluss gekommen sind, dass eine gewisse Transparenz wichtig ist und dass Gemeindeverbände so ausgerichtet werden, dass die Transparenz für unsere Stadt sichergestellt ist. Deshalb haben wir auch in der Botschaft erwähnt, dass wir gerne bereit sind, der FGPK eine aktualisierte Analyse der diversen Gemeindeverbände und ihren Funktionen und Aufgaben, sowie ihren finanziellen Konsequenzen vorzulegen. Dies ist wichtig. Es gibt in den Gemeindeverbänden auch immer wieder Veränderungen. Wir unterstützen die Überweisung dieses Postulats.

Christian Oehler, Präsident: Wir gelangen zur

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 44 Ja-Stimmen einstimmig folgenden

Beschluss

Das Postulat "Gemeindeverbände und andere Kooperationen: Pragmatische Aufgabenteilung oder schwarze Löcher für Demokratie und Finanzen?" wird überwiesen.

Dieser Beschluss unterliegt gemäss § 5 Abs. 2 der Gemeindeordnung keinem Referendum.

Somit sind alle Geschäfte behandelt und die Traktandenliste ist abgearbeitet. Ich möchte mich für die speditive Sitzung bedanken und erwarte, dass auch die kommenden Sitzungen speditiv abgehalten werden können. Nun gelangen wir aber zu einem wichtigen Teil des heutigen Abends. Bereits bei der Verabschiedung von Thomas Richner habe ich erwähnt, dass in der letzten Zeit auf sehr viele Anlässe verzichtet werden musste. Darum wartet noch ein wenig Apéro-Arbeit auf uns. Nun gebe ich zwei wichtige Daten bekannt. Am 9. Mai 2022 findet nach der Einwohnerratssitzung die Verabschiedung von Thomas Richner als Präsident und der Einstand von meiner Person als Präsident mit einem Apéro hier im Haus statt. Am 22. August 2022 folgt nach der Einwohnerratssitzung das Jubiläum 50 Jahre Einwohnerrat. Am 22. Januar 1970 wurde die erste Sitzung des Aarauer Einwohnerrates abgehalten. Der Einwohnerrat ist somit 50 Jahre alt. Das Jubiläum wäre grundsätzlich im Jahr 2020 gewesen, aber pandemiebedingt konnte nicht gefeiert werden. Aus diesem Grund wird es nachgeholt. Im Zusammenhang mit dieser Feier wird der Öffentlichkeit auch eine Jubiläumsbroschüre vorgestellt. Der Anlass wird voraussichtlich auch in diesem Gebäude oder draussen im Park stattfinden. Ich bitte Sie, diese Daten zu notieren.

Schluss der Sitzung: 20.50 Uhr

EINWOHNERRAT AARAU

Der Präsident:

Christian Oehler

Der Protokollführer:

Stefan Berner